

ANNABERG - WAS IST DAS?

DAS RINGEN UM OBERSCHLESILIEN

Im Gedenken an den 90. Jahrestag der Volksabstimmung in Oberschlesien am 20. März 1921

1919 Das von den Alliierten als Kriegsziel formulierte Selbstbestimmungsrecht der Völker wird von US-Präsident Wilson anders als von Lenin verstanden und praktiziert. Die neuen Staaten Osteuropas verlangen alle Rechte für ihre eigenen Staatsvölker. Polen, Tschechen, Serben, Rumänen, verweigern sie aber ihren Minderheiten vor allem den lang eingesessenen Deutschen. Die deutsche Armee löst sich an allen Fronten auf. Im Land beginnen soziale Auseinandersetzungen; neue und alte Parteien streiten um die Macht in der neuen Republik Deutschland.

7. Mai 1919 In Versailles wird der deutschen Delegation das Friedensdiktat übergeben. Danach soll ohne Abstimmung Oberschlesien an Polen fallen, ausgenommen das ‚Hultschiner Ländchen‘, das der Tschechoslowakei zugeteilt wird. Die deutschen Oberschlesier protestieren in Massenkundgebungen gegen die Abtrennung. Die daraufhin von der Reichsregierung verlangte Abänderung des Vertrages zugunsten einer Volksabstimmung wird schließlich von den Alliierten angenommen. Zu verdanken ist diese einzige größere Korrektur des Versailler Diktates dem englischen Ministerpräsidenten Lloyd George, der nachdrücklich die Selbstbestimmung auch für die Oberschlesier verlangte. Er stand gegen den unzureichend orientierten amerikanischen Präsidenten Wilson und gegen den französischen Ministerpräsidenten Clemenceau, der im Interesse seiner Nation eine Schwächung Deutschlands anstrebte - zugunsten Polens, das er damit zugleich als Bollwerk gegen das bolschewistische Russland stärken wollte.

28. Juni 1919 In Versailles wird das Friedensdiktat unterzeichnet. Die damit zu Lasten des deutschen Oberschlesiens dokumentierte Fehlentscheidung wird später auch von ausländischen Politikern und Historikern als ein Ausgangspunkt für das Erstarken der Sowjetunion, den Verlust der polnischen Freiheit im Zuge des Zweiten Weltkrieges und seiner Folgezeit und für die weitere Bedrohung Westeuropas angesehen.

17. August 1919 Polen versucht mit Gewalt durch Aufstände die Entwicklung in Oberschlesien zu seinen Gunsten zu beeinflussen.

Der erste Aufstand, gesteuert von der *militärischen Befehlsstelle* in Sosnowitz, jenseits der neuen Reichsgrenze, wird durch den deutschen Grenzschutz schnell beendet.

Der zweite Aufstand wird nur noch von der deutschen Sicherheitspolizei bekämpft. Die Verluste der deutschen Bevölkerung betragen 150 Tote, die deutsche Siedlung *Anhalt* wird von den Polen niedergebrannt. Die Folgen sind u. a.: Auflösung und Abschiebung der verbliebenen deutschen Sicherheitspolizei durch die Franzosen, Entwaffnung der deutschen Bevölkerung, zunehmende Bedrohung und Verängstigung der Deutschen vor allem auf dem Lande.

11. Februar 1920 Die Interalliierte Regierungs- und Plebiszitkommission übernimmt die Macht in Oberschlesien mit Sitz in Oppeln. Bereits am 27. Januar rücken französische Truppen nach Abzug des deutschen Grenzschutzes in ober-schlesischen Städten ein. Insgesamt 15.000 alliierte Soldaten – 13.000 Franzosen, 2.000 Italiener und einige englische Einheiten kommen in das Abstimmungsgebiet, von dem man außerdem das der Tschechoslowakei abgetretene Hultschin, die Kreise Neiße, Neustadt und Falkenberg ausgeschlossen hatte. Ihre hundertprozentige deutsche Bevölkerung hätte das Abstimmungsergebnis noch eindeutiger zugunsten Deutschlands entschieden. Die leitenden deutschen Verwaltungsbeamten müssen Oberschlesien verlassen. Der französische General Bonner übernimmt die oberste Polizeigewalt.

Die Steuerung der polnischen Aktion liegt in den Händen von Wojciech Korfanty, der 1903 als erster polnischer Abgeordneter in den Deutschen Reichstag entsandt worden war, gewählt auch mit deutschen Stimmen in knapper Mehrheit gegen den deutschen Zentrums-kandidaten

26. April 1920 greift Polen die Ukraine an und erobert Kiev am 7. Mai, am 9. Oktober die Stadt Wilna in Litauen. Im Vertrag von Riga, vom **18. März 1921** verlegt Polen seine Grenzen über 200 km nach dem Osten. Polen ist mit fast allen seinen Nachbarn verfeindet (Ausnahme: Rumänien und Lettland).

15. Juli 1920 Polen nimmt in seine Verfassung Bestimmungen über eine autonome Wojewodschaft Schlesien auf.

November 1920 Der Reichstag in Berlin ändert die Reichsverfassung in Artikel 167 dahin, dass die Oberschlesier nach der Abstimmung selbst entscheiden sollen, ob ein eigenes Land Oberschlesien zu bilden sei. Diese Wahl findet am 3. September 1921 in Deutsch - Oberschlesien statt. Nicht ganz 10 Prozent wollten ein eigenes Land Oberschlesien, über 90 Prozent votierten: Oberschlesien soll weiter eine eigene preußische Provinz bleiben.

30. Dezember 1920 Für die Abstimmung wird als wahlberechtigt erklärt:

- a) wer 20 Jahre alt ist,
- b) wer in Oberschlesien lebt oder dort geboren ist,
- c) wer nicht in Oberschlesien geboren ist, aber vor dem 1. 1. 1904 zugezogen ist.

1921 Mit Jahresbeginn verstärken beide Seiten ihre Propaganda, die vom Plakat bis zur Kirchenkanzel reicht. Polen verspricht den Bauern eigenes Land aus dem zu enteignenden deutschen Grundbesitz, den Arbeitern die Sozialisierung der deutschen Gruben und Industriebetriebe. Beamten und Lehrern werden leitende Stellen in Aussicht gestellt, der Jugend Befreiung vom polnischen Militärdienst zugesagt.

Deutschland erinnert an den Aufstieg Oberschlesiens durch seine Zugehörigkeit zu Preußen und warnt vor dem unvermeidlichen Absinken des Lebensstandards bei einem Übergang an Polen.

Aus dem Reich, teilweise sogar aus dem Ausland, kommen etwa 170.000 gebürtige Oberschlesier, um ihr Wahlrecht auszuüben.

20. März 1921 Tag der **Abstimmung** ist ein lichter Frühlingstag. Die Abstimmung verläuft ruhig, nachdem noch bis Mitternacht der polnische Terror gewütet hat.

An dem relativ ruhig verlaufenden Abstimmungstag gehen 97 Prozent der Berechtigten zur Urne.

Abgegebene Stimmen:	1 190 225
Von den gültigen Stimmen	1 186 342
entfielen auf Polen	479 349
auf Deutschland	706 993

(Zahlen aus: „Oberschlesien aus seiner Geschichte“ von Otto Ulitz, Seite 54 Jahrgang 1971)

Von den einzelnen Kreisen hatte Leobschütz sich einmütig für Deutschland entschieden, der Kreis Kreuzburg mit 96 Prozent, obwohl sich dort bei der Volkszählung 1910 nur 46 Prozent der Bewohner als deutschsprachig erklärt hatten. In den beiden Kreisen mit einer polnischen Mehrheit Rybnik und Pleß, wirkten sich offensichtlich unbefriedigende soziale Verhältnisse aus. Alle Städte hatten deutsche Mehrheiten so z.B. Kattowitz 22.774 deutsch, 3.900 polnisch.

Um trotz der Wahlentscheidung zu einem polnischen Erfolg zu kommen und die bestimmenden Interalliierten zu beeindrucken, greift Polen zu Gewalt und Terror. Ein dritter Aufstand wird entfacht.

3. Mai 1921 **Der dritte polnische Aufstand** In der Nacht greifen die sogenannte *Insurgenten* (Eindringlinge) schlagartig nach einem detailliert vorbereiteten Plan wieder zu den Waffen und besetzen Oberschlesien etwa bis zur Oderlinie. Über die Grenze rollen aus Polen Panzerzüge mit Bewaffneten und Kriegsmaterial. Die Städte im Industriegebiet, die wie z. B. Beuthen O/S keine französischen Stadtkommandanten haben, bleiben als eingeschlossene, kaum verteidigte Inseln unbesetzt. Militärischer Führer der Aufständischen ist der aus Posen stammende Graf Mielczyński, früherer deutscher Rittmeister. Sein Deckname: Nowina Doliwa. Die französischen Truppen unter Führung des Generals Le Rond unternehmen praktisch nichts gegen die *Insurgenten* zum Schutz der deutschen Bevölkerung. Ihre Untätigkeit ist Anlass für Lloyd George, nun sechs englische Bataillone nach Oberschlesien zu entsenden. Die italienischen Truppen treten den Insurgenten entgegen und haben dabei erhebliche Verluste, über 40 Tote und hundert Verwundete. Bei Aufstandsbeginn gibt es nur eine schwache örtliche deutsche Abwehr.

Oberschlesiens Not widerhallt im ganzen Reich. Sehr schnell entsteht, verstärkt durch Freiwillige aus ganz Deutschland, aus allen Ständen und Stämmen - so aus Bayern das *Freicorps Oberland* - der oberschlesische Selbstschutz unter Führung des Generals a. D. Höfer. Etwa 5.000 Menschen kamen bei den drei Aufständen ums Leben (lt. SN 19/2012). - *Nur die linksgerichteten deutschen Kreise erblicken im Selbstschutz eine „Reaktion“!*

21. Mai 1921 Nach Festigung seiner Verbände - etwa 20.000 Mann gegenüber der doppelten Anzahl polnischer Aufständischer - wird der Selbstschutz offensiv und stürmt den Annaberg, den Symbolberg Oberschlesiens.

Politische Überlegungen und französische Intervention verhindern eine militärische Ausnutzung der polnischen Niederlage zu einer von der Truppe geforderten Fortsetzung des Vormarsches in Richtung Gleiwitz, um die eingeschlossenen Städte des Industriegebietes zu befreien. Der französische kommandierende General Le Rond erzwingt schließlich im Auftrag von Paris Rückzug und Auflösung des Selbstschutzes und dann auch der Insurgentenverbände. Der englische Repräsentant, Oberst Percival, tritt aus Protest gegen das einseitige Verhalten von Le Rond von seinem Posten zurück.

20. Okt. 1921 Die Botschafterkonferenz in Paris übermittelt der Deutschen Reichsregierung den Entschluss der Regierungen Frankreichs, Großbritanniens; Italiens und Japans - nach Einholung eines

Gutachtens des Völkerbundes - Oberschlesien zu teilen. Angeschlossen sind detaillierte Anweisungen, um die amputierten Teile, vor allem das oberschlesische Industriegebiet, am Leben zu erhalten. Eine gemischte Kommission soll Streitfragen regeln und die Minderheiten schützen.

An Polen fallen durch diese Teilung:

- 53 von 67 Steinkohlen - Bergwerken,
- alle 12 Eisenerzgruben,
- 11 von 16 Zink- und Bleierzgruben,
- alle 22 Zinkhütten,
- 23 von 37 Hochöfen,
- 9 von 25 Stahl- und Walzwerken
- 9 von 14 Gießereien,

Mit ihrer vom japanischen Vertreter verkündeten Entscheidung, das gewachsene Oberschlesien gegen den Mehrheitswillen zu teilen, setzt die Interalliierte Botschafterkonferenz 'Meilensteine auf dem Weg, der in den folgenden Jahren Deutschland, Polen und Europa ins Verderben geführt hat.

1922 Am 15. Mai schlossen Deutschland und Polen in Genf den ihnen auferlegten Vertrag. Vor der Ratifikation verwahrten sich die Reichsregierung und der Reichstag feierlich gegen die Anerkennung der Rechtmäßigkeit der Teilung. Ab 15. Juni übernehmen das Deutsche Reich und Polen die ihnen zugesprochenen Gebiete. Seit dem Jahr 1163 hatte sich der schlesisch – oberschlesische Raum als Einheit entwickelt. Seit 1335 - 24. August, Vertrag zu Trentschin, - gehörte dieser Raum zum deutschen Reichsgebiet. Durch den Bruch des Selbstbestimmungsrechts wurden in dem Polen zugeschlagenen Teil Oberschlesiens über 400.000 Deutsche willkürlich zu polnischen Staatsbürgern gemacht, die als Minderheit fortan allen Schikanen bis hin zu Gewalttätigkeiten ausgesetzt waren und deren Proteste weder bei der polnischen Regierung noch bei den Siegermächten des Ersten Weltkrieges Gehör fanden. Die vertraglich zugesicherten Minderheitsrechte wurden nicht eingehalten und standen nur auf dem Papier. Infolge der Drangsal flüchteten aus dem abgetrennten Teil Oberschlesiens etwa 100.000 Deutsche, die im Reichsgebiet Aufnahme fanden. Während im polnisch gewordenen Oberschlesien die Partei- und Volkstumskämpfe in unverminderter Schärfe fortgesetzt wurden und die früher hochstehende Industrie beinahe zum Erliegen kam, erlebte die deutsche Provinz Oberschlesien einen wirtschaftlichen und kulturellen Aufschwung; Ihre meist bodenwüchsige Führung verstand es, mit ihrer Versöhnungspolitik auch die zeitweise polnisch gesinnt gewesenen Bevölkerungsteile zu befrieden und zu aktiver Mitarbeit am deutschen Aufbau zu gewinnen.

5. November 1937 deutsch-polnische Vereinbarung über die gegenseitige Behandlung der Minderheiten.

2. Oktober 1938 Einmarsch polnischer Truppen in die Tschechoslowakei und Einverleibung des Olsagebietes.

2. Juni 1939 Beendigung der deutschen Sprache bei allen kirchlichen Handlungen in der ostoberschlesischen Diözese Kattowitz durch den polnischen Bischof Stanislaw Adamski.

27. Juni 1939 Im Gegenzug auf Druck der Nazi-Behörden Predigtverbot in polnischer Sprache in der Erzdiözese Breslau, zu der Oberschlesien gehörte.

Oktober 1939 Rückkehr der abgetrennten ostoberschlesischen Gebiete.

30. Juni 1940 letzte Männerwallfahrt auf den Sankt Annaberg mit 120.000 Oberschlesiern (lt. 1. Sekretär der katholischen Vereinszentrale O/S, Hermann Ehren im Heimatbrief 6/1999).

19.6.1941 Verbot der Wallfahrt durch die Nazis. - Ausweisung der Franziskaner.

1942 Gesetz: Bildung einer Provinz Oberschlesien (O/S).

Januar 1945 Besetzung von Oberschlesien durch sowjetische Truppen.

Juni 1945 Anwendung der polnischen Enteignungs- und Vertreibungsdekrete (z.B. Dekret Nr.6 Art. 1 vom 4.11.1944 des Polnischen Komitees der Nationalen Befreiung) Beginn der Austreibung, Flucht, Vertreibung, Internierung und Zwangsarbeit von Deutschen, (wobei 386.870 schlesische Menschen ums Leben kamen; Statistisches Bundesamt Wiesbaden). Verbleib sogenannter ‚Autochthonen‘ als notwendige Arbeitskräfte, striktes Verbot der deutschen Sprache, Verwüstung fast sämtlicher deutscher Friedhöfe und Ausmerzungen deutscher Inschriften auf Grabsteinen und in/an Kirchen. Zeichen solchen Hasses erschrecken heute noch an vielen Orten in Schlesien. Über **220 Folter- und Gewahrsamsadressen** (Arbeits- Internierungs-Todeslager, Gefängnisse und Ähnliches) für Deutsche gab es in Oberschlesien, über **1200 in der Volksrepublik Polen**.

1952/1953 Verbannung von 1000 Ordensfrauen und 20 katholischen Priestern nach Zentralpolen, wegen Nichtbeachtung des Verbots der deutschen Sprache. (Quelle: Erster katholischer Bischof von Oppeln, Jop 1956)

November 1965 Vergebungsbitten polnischer & deutscher Bischöfe in Rom und **Rücknahme** am **6.3.1966** im Hirtenbrief der polnischen Bischöfe:

„Das Polnische Volk hat keinen Grund um Vergebung zu bitten.“

1983 - 1989 Kulturelle Zusammenkünfte der verbliebenen Deutschen unter Bedrohung durch die polnische Miliz - Sammlung von 120.000 Unterschriften zwecks Zulassung deutscher Vereine und als Beweis einer deutschen Bevölkerung (bis zum Kanzler - Kohl-Besuch 1990 in Warschau erhöhte sich die Unterschriftenzahl auf 250.000) .

November 1987 Weigerung des polnischen Innenministeriums Schulunterricht in deutscher Sprache zuzulassen. Damit erkennen die Oberschlesier: Keine Zukunft für ihre Kinder in O/S.

1987-1990 Der Exodus von über 500.000 Aussiedlern aus der Volksrepublik Polen wirkt wie ein Fanal zur Freiheit, auch für die Menschen in der früheren DDR, und ist erster Impuls zum Beginn der sog. 'Deutschen Einheit'.

4. Juni 1989 Wiedereinsetzung des Gottesdienstes in deutscher Sprache auf dem St. Annaberg auf Veranlassung des deutschen Bischofs von Oppeln, Prof. Alfons Nossol.

1990 / 1991 Grenzbestätigungsvertrag und Nachbarschaftsvertrag zwischen Deutschland und Polen. Wahlen zum polnischen Parlament (Sejm) und Entsendung von sieben Abgeordneten der deutschen Minderheit (heute nur noch einer) -

Ab 1990 Ringen der Oberschlesier um ihre eigene Identität, insbesondere der deutschen Sprache im Schulunterricht.

2000 Enttäuschung über geringes Interesse und Engagement der Westdeutschen, erfolgreiche Mitwirkung bei der Verwaltungsreform in Polen, Wahl von Hunderten deutschen Gemeinderäten, etlichen Bürgermeistern und Landräten in die Kommunalparlamente. Gedeihliche Zusammenarbeit mit den zugezogenen Polen - Entwicklung grenzüberwindender Beziehungen von beiden Seiten. Wachsendes Interesse kritischer Polen an schlesischer Geschichte.

1999 / 2000 Beeinträchtigung der Hoffnung auf vertrauensvolle Partnerschaft durch eine Gruppe um den Sejmabgeordneten (der PSL) Janusz Dobrosz / Breslau. Unter dem Reizwort drohende '**Germanisierung**' versucht sie die wachsende positive Einstellung in der Kirche sowie in Staat und Gesellschaft zu den einheimischen Deutschen zu stören, Mißtrauen zu entfachen, und die Vertreibung zu rechtfertigen.

11. Jan. 2001 Reprivatisierungsgesetz vom polnischen Parlament angenommen, in welchem Rückgabe- oder Entschädigungsanspruch der zwangse enteigneten Deutschen ausgeschlossen ist. Das bedeutet ein Verstoß gegen internationales Recht und gegen das Grundgesetz; wird von der Bundesregierung stillschweigend hingenommen.

27. Jan. 2001 "... Man muss wieder auf die Anfänge schauen..." Michel Friedman, stellvertretender Vorsitzender des Zentralrats der Juden in Deutschland.

3.10.2001 Polens Staatspräsident Aleksander Kwasniewski beim Tag der Deutschen Einheit in Mainz: „Die Mauern sind gefallen. Es liegt an uns, ob für immer. Die Steine in Danzig und Kolberg sprechen nicht nur polnisch. Sie sprechen auch deutsch.“ Aussöhnung müsse gleiche Qualität wie zwischen Deutschland und Frankreich haben.

11.11.2004 Der polnische Pfadfinderverband popularisiert im Fernsehen TVP 2 ein Liederbuch mit Hass gegen die Deutschen (z.B. „Rota“), finanziert vom polnischen Verteidigungsministerium, aufgrund eingesparter Gelder für billige Bundeswehrpanzer.

25.1.2005 Die polnischen Abgeordneten R. und M. Giertych vertreten in der SZ die Meinung: Mit dem „Transfer der deutschen Bevölkerung“ sei die historische Gerechtigkeit wiederhergestellt, die polnische Erde zum Mutterland zurückgekehrt.

28.1.2005 Der polnische Außenminister Adam Rofield erklärt in der FAZ:“ Erinnerung ist ein Prozess. Verantwortung wird nicht vererbt.“

25.1.2007 Bundesaußenminister F.W. Steinmeier: „Historische Wahrheit ist Voraussetzung für Wiederannäherung und gesellschaftliche Versöhnung.“

2011 bei der Volksbefragung in Polen bekennen sich über 800.000 als Schlesier. Die Autonomiebewegung Schlesien (RAS) ist im Kattowitzer Parlament und fordert die alten kulturellen u. finanziellen Rechte zurück.

26. und 27. Juli 2012 Der bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer in Warschau:

„Reise zu Freunden – Polnische Erfolgsgeschichte“. -*Dafür ist mehr Aufklärungsarbeit notwendig!*“

Februar 2014 verlangt der polnische Ministerpräsident Donald Tusk in Oberschlesien sich von Vorurteilen gegenüber den Deutschen zu lösen und die deutsche Vergangenheit als die eigene zu akzeptieren.

18.2.2014 findet man den regierungskritischen, deutschen Bürgermeister von Zdzieszowice/Deschowitz, Dieter Przewdzing, in seinem Haus ermordet. Täter nicht ermittelt.

Mai 2014 deutsche und polnische Bischöfe gründen Kontaktgruppe zur Förderung des Versöhnungsprozesses.

Mai 2014 meldet die Presse 1,2 Mio Zuzüge nach Deutschland, die meisten aus Polen: 189.000 Personen.

Anregungen an den Herausgeber:

Landmannschaft Schlesien, Nieder- & Oberschlesien, Bezirksverband Oberfranken, 95447 Bayreuth, Albert-Schweitzer- Str.4